

Die BIZ und der Finanzplatz Schweiz

Macht, Sonderstatus und demokratische Kontrolle

Eine Institution mitten in der Schweiz – und doch weitgehend ausserhalb der öffentlichen Wahrnehmung

Mitten in Basel steht ein weithin sichtbarer Turm. Er ist Sitz der **Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)**, einer Institution, die für das internationale Finanz- und Währungssystem eine bedeutende Rolle spielt und dennoch einem grossen Teil der Schweizer Bevölkerung kaum bekannt ist.

Die 1930 gegründete BIZ wird häufig als „**Bank der Zentralbanken**“ bezeichnet. Zentralbanken aus aller Welt nutzen sie zur Zusammenarbeit, zum Informationsaustausch und für Finanzgeschäfte. In Basel treffen sich regelmässig führende Vertreter der internationalen Zentralbankwelt. Zudem sind bei der BIZ wichtige Gremien angesiedelt, in denen Standards für das internationale Finanzsystem entwickelt werden.

Die Geschichte der BIZ wirft deshalb eine grundsätzliche Frage auf:

Wie viel Einfluss können internationale, weitgehend von der unmittelbaren politischen Auseinandersetzung abgeschirmte Institutionen ausüben – und wie verhält sich diese Macht zur demokratischen Kontrolle und zur staatlichen Souveränität?

Die Werke von Adam LeBor und Gian Trepp sowie die Darstellung des Wirtschaftshistorikers Youssef Cassis ermöglichen drei unterschiedliche Zugänge zu dieser Frage. Cassis beschreibt vor allem die institutionelle Entwicklung der BIZ. LeBor untersucht kritisch ihre Machtstrukturen und ihre historische Rolle. Trepp wiederum richtet den Blick auf den Schweizer Finanzplatz und dessen internationale Verflechtungen.

Zusammengenommen entsteht ein Bild, das weder eine Verschwörungserzählung noch eine unkritische Erfolgsgeschichte rechtfertigt. Vielmehr zeigt sich eine internationale Finanzarchitektur, deren Einfluss beträchtlich ist und deren demokratische Legitimation genauer betrachtet werden sollte.

1. Von den deutschen Reparationen zur Bank der Zentralbanken

Die BIZ entstand 1930 vor dem Hintergrund der ungelösten wirtschaftlichen Folgen des Ersten Weltkriegs. Deutschland war zu Reparationszahlungen verpflichtet. Der sogenannte Young-Plan sollte diese Zahlungen neu organisieren, und die neu gegründete Bank sollte einen Teil der finanziellen Abwicklung übernehmen.

Doch bereits wenige Jahre später verloren die Reparationszahlungen ihre Bedeutung.

Damit hätte auch die Existenzberechtigung der BIZ verschwinden können. Das Gegenteil geschah.

Die Bank entwickelte sich zunehmend zu einem Ort der **internationalen Zusammenarbeit der Zentralbanken**. Genau darin liegt eine bemerkenswerte institutionelle Kontinuität: Die ursprüngliche Aufgabe verschwand, die Institution blieb bestehen und erschloss sich neue Tätigkeitsfelder.

Youssef Cassis beschreibt diese Entwicklung vorwiegend institutionengeschichtlich. Die BIZ wurde von einer Reparationsbank zunehmend zu einer Plattform der internationalen Währungs- und Zentralbankkooperation.

Adam LeBor interpretiert dieselbe Entwicklung kritischer. Für ihn entstand in Basel ein internationaler Kreis von Zentralbankern, der eine gemeinsame fachliche und institutionelle Kultur entwickelte. Zentralbanken sollten möglichst unabhängig von kurzfristigen politischen Interessen handeln können.

Dahinter steht ein durchaus nachvollziehbarer Gedanke: Geldpolitik soll nicht zum Spielball von Regierungen und Wahlkämpfen werden.

Doch genau hier beginnt das demokratiepolitische Spannungsfeld.

Je unabhängiger eine Institution von der Politik wird, desto wichtiger wird die Frage, wem gegenüber sie letztlich verantwortlich ist.

2. Die dunkelste Epoche: BIZ und Nationalsozialismus

Besonders kontrovers ist die Geschichte der BIZ während der nationalsozialistischen Herrschaft und des Zweiten Weltkriegs.

Obwohl sich die Staaten Europas ab 1939 im Krieg befanden, bestanden Kontakte zwischen führenden Zentralbankern weiter. Die BIZ verstand sich als politisch neutrale Institution und führte ihre Tätigkeit fort.

LeBor widmet diesem Kapitel besondere Aufmerksamkeit.

Im Zentrum steht unter anderem die Frage nach Goldbeständen, welche das nationalsozialistische Deutschland in seine Verfügungsgewalt brachte. Besonders bekannt ist der Fall des tschechoslowakischen Goldes nach der deutschen Besetzung der Tschechoslowakei.

Die Kontroverse reicht jedoch weiter. Während des Krieges wickelte die BIZ weiterhin Geschäfte mit der deutschen Reichsbank ab. Gleichzeitig gelangten Goldbestände aus besetzten Ländern und andere beschlagnahmte Vermögenswerte in den deutschen Finanzkreislauf.

Damit stellt sich eine schwierige Frage:

Wo endet institutionelle Neutralität – und wo beginnt durch die Fortsetzung von Finanzgeschäften eine faktische Unterstützung eines politischen Systems?

Diese Frage lässt sich nicht allein mit heutigen moralischen Maßstäben beantworten. Dennoch zeigt die Episode eine grundsätzliche Problematik institutioneller Neutralität: Eine Finanzinstitution kann sich politisch neutral verstehen und durch ihre Tätigkeit dennoch politische Wirkungen entfalten.

1944 stand die BIZ deshalb sogar vor ihrer Auflösung.

An der Konferenz von Bretton Woods wurde eine entsprechende Resolution verabschiedet. Sie wurde jedoch nicht umgesetzt. Nach dem Krieg setzte sich die Auffassung durch, dass die BIZ für die internationale Zusammenarbeit weiterhin nützlich sein könne.

Die Institution überlebte ihre schwerste Krise.

3. Die BIZ erfindet sich neu

Nach 1945 begann ein weiterer Abschnitt ihrer Geschichte.

Europa musste wirtschaftlich wiederaufgebaut werden. Nationale Währungen waren nur eingeschränkt konvertierbar, und der grenzüberschreitende Zahlungsverkehr war schwierig.

Die BIZ übernahm wichtige Aufgaben im Zusammenhang mit der **Europäischen Zahlungsunion** und wurde erneut zu einem bedeutenden Ort der europäischen Währungs Kooperation.

Damit setzte sich ein Muster fort, das ihre Geschichte bis heute prägt:

Wenn eine Aufgabe verschwand, entstand eine neue.

Aus der Reparationsbank wurde eine Zentralbankplattform. Aus der Zentralbankplattform entwickelte sich ein Zentrum der europäischen Währungs Kooperation. Später kamen Fragen der Bankenaufsicht und der globalen Finanzstabilität hinzu.

Diese Anpassungsfähigkeit erklärt einen erheblichen Teil des institutionellen Erfolgs der BIZ.

4. Basel und der Weg zum Euro

Besonders interessant ist die Rolle Basels bei der europäischen Währungsintegration.

Lange bevor die Europäische Zentralbank existierte, trafen sich europäische Zentralbankpräsidenten regelmässig bei der BIZ. Basel wurde damit zu einem wichtigen Ort der Koordination europäischer Geldpolitik.

Auch der Delors-Ausschuss, der Ende der 1980er-Jahre wesentliche Grundlagen für die spätere Europäische Wirtschafts- und Währungsunion entwickelte, arbeitete unter Nutzung der Infrastruktur der BIZ.

Die Entstehung des Euro lässt sich deshalb nicht auf Basel oder die BIZ reduzieren – sie war letztlich das Ergebnis politischer Entscheidungen souveräner Staaten und entsprechender Verträge.

Dennoch spielte die über Jahrzehnte gewachsene Zusammenarbeit der Zentralbanken eine wichtige vorbereitende Rolle.

Hier wird ein Mechanismus sichtbar, der weit über die BIZ hinaus von Bedeutung ist:

Politische Veränderungen beginnen nicht immer mit einem Gesetz oder einer Volksabstimmung. Sie können sich über Jahre in Expertengremien, Arbeitsgruppen und internationalen Institutionen vorbereiten, bevor sie schliesslich in politische Entscheidungen einfließen.

Gerade für eine direkte Demokratie wie die Schweiz ist dieser Mechanismus von besonderem Interesse.

5. Basel-Regeln ohne Weltregierung

Nach dem Zusammenbruch der deutschen Herstatt-Bank 1974 wurde der **Basler Ausschuss für Bankenaufsicht** gegründet.

Aus dessen Arbeit entstanden später die als Basel I, Basel II und Basel III bekannten internationalen Standards.

Diese Regeln beeinflussen unter anderem, wie viel Eigenkapital Banken zur Absicherung ihrer Risiken halten sollen.

Dabei ist eine wichtige Unterscheidung notwendig.

Die BIZ ist **keine Weltregierung**. Der Basler Ausschuss kann der Schweiz oder anderen souveränen Staaten nicht einfach Gesetze vorschreiben. Die Standards müssen grundsätzlich durch nationale oder supranationale Rechtsordnungen umgesetzt werden.

Dennoch wäre es ebenso verkürzt, daraus zu folgern, diese Institutionen hätten keine politische Macht.

Ihre Macht funktioniert anders.

Wenn sich die bedeutendsten Zentralbanken und Aufsichtsbehörden auf bestimmte Standards einigen, entsteht erheblicher internationaler Anpassungsdruck. Ein Finanzplatz, der zentrale internationale Standards dauerhaft ignoriert, riskiert wirtschaftliche Nachteile und Vertrauensverluste.

Damit entsteht eine Form von **Soft Law**: Regeln, die zunächst keine klassischen Gesetze sind, in der Praxis aber erhebliche normative Wirkung entfalten können.

Genau hier berührt die internationale Finanzarchitektur die Frage staatlicher Souveränität.

6. Der Schweizer Finanzplatz: Freiheit, Diskretion und ihre Schattenseiten

Gian Trepps *Swiss Connection* eröffnet eine andere Perspektive.

Trepp untersucht nicht primär die BIZ, sondern den Schweizer Finanzplatz der 1980er- und 1990er-Jahre. Dabei beschäftigt er sich mit Geldwäsche, Korruption, Drogengeldern, Offshore-Gesellschaften, Treuhandstrukturen und internationalen Finanznetzwerken.

Seine Untersuchungen zeigen eine grundlegende Ambivalenz.

Die Eigenschaften, welche die Schweiz zu einem erfolgreichen internationalen Finanzplatz machten – politische Stabilität, Rechtssicherheit, eine stabile Währung, Diskretion und ein hochentwickeltes Bankensystem –, konnten zugleich von Personen genutzt werden, die Vermögenswerte vor Behörden oder der Öffentlichkeit verbergen wollten.

Trepp zeigt anhand zahlreicher Fälle, dass Geldwäsche nicht primär aus dem sprichwörtlichen Koffer voller Banknoten besteht.

Entscheidend sind vielmehr internationale Strukturen:

Bankkonten, Gesellschaften, Treuhänder, Offshore-Firmen, Stiftungen und Transaktionen über verschiedene Rechtsordnungen hinweg.

Das Problem liegt somit nicht allein bei einzelnen Banken.

Es entsteht ein **Netzwerk aus legalen Instrumenten, das auch für illegale Zwecke eingesetzt werden kann.**

7. Die Schweiz als Knotenpunkt internationaler Kapitalströme

Trepps Beispiele reichen von italienischen Korruptionsaffären über den Banco Ambrosiano bis zu Verbindungen nach Lugano, Genf, Zürich und Lausanne.

Besonders die italienischen Mani-Pulite-Ermittlungen machten sichtbar, wie häufig Ermittler auf Schweizer Konten oder Gesellschaften stiessen.

Daraus darf allerdings nicht der falsche Schluss gezogen werden, der Schweizer Finanzplatz sei als Ganzes kriminell gewesen.

Die wichtigere Erkenntnis lautet:

Internationale Finanzkriminalität benötigt eine funktionierende legale Finanzinfrastruktur.

Je leistungsfähiger, internationaler und diskreter ein Finanzplatz ist, desto attraktiver kann er auch für Personen werden, welche die Herkunft oder Eigentumsverhältnisse von Vermögen verschleiern wollen.

Daraus entsteht eine politische Grundfrage, die bis heute aktuell geblieben ist:

Wie weit darf finanzielle Privatsphäre gehen, und ab welchem Punkt entsteht eine Verantwortung des Staates, Transparenz zu erzwingen?

Diese Frage lässt sich nicht einfach zugunsten maximaler Transparenz beantworten. Denn finanzielle Privatsphäre ist ebenfalls ein Bestandteil persönlicher und wirtschaftlicher Freiheit.

Das Spannungsfeld lautet deshalb:

Privatsphäre versus Transparenz – wirtschaftliche Freiheit versus Missbrauchsbekämpfung.

8. Was verbindet BIZ und Schweizer Finanzplatz?

Die BIZ und die von Trepp untersuchten Vorgänge dürfen nicht miteinander vermischt werden. Die BIZ ist nicht verantwortlich für die von *Swiss Connection* beschriebenen Geldwäschereifälle.

Dennoch gibt es eine strukturelle Gemeinsamkeit.

Beide Themen zeigen die aussergewöhnliche internationale Bedeutung der Schweiz als Finanzplatz.

Die Schweiz war und ist nicht lediglich ein kleines Land mit einem grossen Bankensektor. Sie befindet sich seit Jahrzehnten an wichtigen Schnittstellen internationaler Kapital-, Währungs- und Finanzbeziehungen.

Basel steht dabei für die internationale Zentralbankkooperation.

Zürich, Genf und Lugano stehen für einen bedeutenden grenzüberschreitenden Finanzplatz.

Damit entstehen Chancen – aber auch Verantwortung.

9. Die eigentliche Machtfrage

LeBors vielleicht wichtigste Frage betrifft deshalb nicht einzelne Skandale der Vergangenheit.

Sie betrifft die **Struktur der Macht**.

In einer klassischen Demokratie ist die Vorstellung relativ klar: Das Volk wählt Parlamente; Parlamente beschliessen Gesetze; Regierungen setzen diese um; Gerichte kontrollieren deren Anwendung.

Die internationale Finanzordnung funktioniert jedoch wesentlich komplexer.

Zentralbanken sind bewusst unabhängig. Internationale Ausschüsse entwickeln Standards. Expertennetzwerke koordinieren ihre Politik. Märkte reagieren innerhalb von Sekunden auf politische Entscheidungen. Staaten wiederum sind auf funktionierende internationale Finanzbeziehungen angewiesen.

Damit entsteht Macht, ohne dass sich diese immer eindeutig einem einzelnen politischen Entscheidungsträger zuordnen lässt.

Niemand muss einem Staat formal etwas befehlen.

Es genügt unter Umständen, internationale Standards so zu setzen, dass deren Nichtübernahme erhebliche wirtschaftliche Nachteile verursacht.

Die entscheidende Frage lautet daher nicht:

„Wer regiert heimlich die Welt?“

Eine solche Fragestellung führt schnell in Spekulationen und verstellt den Blick auf die tatsächlich nachweisbaren Mechanismen.

Die wesentlich interessantere Frage lautet:

Wie entstehen internationale Regeln, wer wirkt an ihrer Entstehung mit, welche faktischen Folgen hat ihre Nichtübernahme – und welche demokratischen Einflussmöglichkeiten bleiben den Bürgerinnen und Bürgern?

10. Souveränität im 21. Jahrhundert

Damit führt die Geschichte der BIZ unmittelbar zu einer modernen Definition von Souveränität.

Souveränität bedeutet heute nicht mehr einfach, dass ein Staat formal selbst entscheiden darf.

Entscheidend ist vielmehr, **wie gross sein tatsächlicher Handlungsspielraum noch ist**.

Ein Staat kann juristisch vollkommen frei sein und gleichzeitig wirtschaftlich unter erheblichem Druck stehen, internationale Standards zu übernehmen.

Diese Unterscheidung zwischen **formaler und faktischer Souveränität** ist wesentlich.

Gerade für die Schweiz ist sie von besonderer Bedeutung. Ihre politische Ordnung beruht stärker als jene vieler anderer Staaten darauf, dass letztlich die Bürgerinnen und Bürger über weitreichende politische Fragen entscheiden können.

Je mehr Regeln jedoch auf internationaler Ebene vorbereitet oder faktisch vorgegeben werden, desto später kommt die nationale demokratische Entscheidung ins Spiel.

Das bedeutet nicht automatisch einen Verlust der Demokratie. Internationale Zusammenarbeit ist in einer globalisierten Wirtschaft vielfach notwendig.

Aber sie verändert die Bedingungen demokratischer Selbstbestimmung.

11. Drei Autoren – drei Perspektiven

Die drei betrachteten Quellen ergänzen sich gerade deshalb, weil sie unterschiedliche Blickwinkel einnehmen.

Youssef Cassis beschreibt die BIZ vorwiegend historisch und institutionell. Seine Darstellung zeigt, wie sich eine ursprünglich zur Reparationsabwicklung geschaffene Bank zu einem wichtigen Bestandteil der internationalen Finanzarchitektur entwickelte.

Gian Trepp richtet den Blick auf die Schattenseiten des Schweizer Finanzplatzes. Seine Recherchen zeigen, wie internationale Kapitalströme, Bankdiskretion, Treuhandstrukturen und Offshore-Systeme missbraucht werden können.

Adam LeBor stellt schliesslich die grundsätzlichsste Machtfrage. Er fragt, wie eine so bedeutende internationale Institution wie die BIZ über Jahrzehnte hinweg grossen Einfluss entwickeln konnte, obwohl sie ausserhalb der Wahrnehmung eines Grossteils der Bevölkerung operiert.

Keine dieser Perspektiven sollte allein zur abschliessenden Beurteilung herangezogen werden.

Zusammen ergeben sie jedoch ein bemerkenswertes Bild.

Fazit: Die entscheidende Frage ist die Kontrolle der Macht

Die Geschichte der BIZ zeigt, wie aus einer Institution mit einem ursprünglich begrenzten Auftrag über Jahrzehnte ein bedeutender Knotenpunkt der internationalen Finanzordnung entstehen konnte.

Die Geschichte des Schweizer Finanzplatzes zeigt gleichzeitig, dass wirtschaftliche Freiheit und Diskretion sowohl Wohlstand und Stabilität ermöglichen als auch missbraucht werden können.

Beides führt zur gleichen grundlegenden Frage:

Wer kontrolliert Macht, wenn sie nicht mehr ausschliesslich innerhalb des Nationalstaates ausgeübt wird?

Dabei wäre es zu einfach, internationale Institutionen grundsätzlich als Bedrohung der Souveränität darzustellen. Ohne internationale Zusammenarbeit könnten globale Finanzmärkte kaum funktionieren. Bankenkrisen, Kapitalbewegungen und Währungsprobleme machen nicht an Landesgrenzen halt.

Ebenso problematisch wäre jedoch die gegenteilige Annahme, internationale Experteninstitutionen seien lediglich technische Einrichtungen und deshalb politisch unproblematisch.

Denn auch technische Regeln verteilen Macht, Risiken und wirtschaftliche Möglichkeiten.

Die entscheidende Trennlinie verläuft deshalb nicht zwischen **internationaler Zusammenarbeit und nationaler Abschottung**.

Sie verläuft zwischen internationaler Zusammenarbeit, die **transparent, nachvollziehbar und demokratisch rückgebunden** bleibt, und Strukturen, in denen sich politische Gestaltung zunehmend der öffentlichen Kontrolle entzieht.

Für die Schweiz stellt sich diese Frage besonders deutlich.

Die direkte Demokratie lebt davon, dass der Souverän nicht nur theoretisch das letzte Wort besitzt, sondern über echte politische Alternativen entscheiden kann.

Deshalb genügt es nicht zu fragen:

Darf die Schweiz selbst entscheiden?

Die weiterführende Frage lautet:

Kann die Schweiz tatsächlich noch frei entscheiden – und welche wirtschaftlichen, rechtlichen oder institutionellen Folgen entstehen, wenn sie sich gegen international entwickelte Regeln entscheidet?

Genau an diesem Punkt treffen sich die Geschichte der BIZ, die Erfahrungen des Schweizer Finanzplatzes und die aktuelle Diskussion über Souveränität.

Die BIZ ist dabei weder eine geheime Weltregierung noch bloss eine unbedeutende technische Institution.

Sie ist vielmehr ein eindrückliches Beispiel dafür, **wie Macht im 21. Jahrhundert zunehmend funktioniert: weniger sichtbar, stärker vernetzt und häufig über Standards, Abhängigkeiten und institutionelle Zusammenarbeit statt über unmittelbare politische Befehle.**

Quellen:

- LeBor, Adam: *Der Turm zu Basel. BIZ – Die Bank der Banken und ihre dunkle Geschichte*, Rotpunktverlag, 2014.
- Trepp, Gian: *Swiss Connection*, Unionsverlag, Zürich, 1996.
- Cassis, Youssef: „Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ)“, in: *Historisches Lexikon der Schweiz (HLS)*, Version vom 05.05.2004.

Stand: 14. August 2026